

Hoffnungen auf eine »Neue Kulturpolitik« ?

Neue Regierungskonstellation in Österreich



Michael Wimmer

PD Dr. Michael Wimmer ist Privatdozent, Vortragender, Moderator, Autor von bildungs- und kulturpolitischen Texten, Berater von Kunst-, Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie Vorstandsvorsitzender von EDUCULT.

Kann »Türkis-Grün«¹ eine Wende von der Wende herbeiführen? Wir erinnern uns: Bereits zwischen 2000 und 2006 wurde Österreich – gegen breiten europäischen Widerstand – von einer konservativ-rechtsnationalistischen Koalition geführt. In der kurzen Wiederauflage dieser Regierungsform unter dem neuen Jungstar der europäischen Politik Sebastian Kurz ab 2017 setzten er und sein Team auf eine weitere Vertiefung der sozialen Gräben in Österreich. Seine Version einer »Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik« kam die vorrangige Aufgabe zu, die Kulturalisierung sozialer Probleme² voranzutrei-

1 Türkis-Grün spielt auf die Farben der Koalitionsregierung zwischen der Österreichische Volkspartei ÖVP (seit 2017 auch Die neue Volkspartei), die das bürgerliche, konservative Spektrum vertritt und den Grünen an.

2 Siehe dazu u.a. Wimmer, Michael (2018): Je heftiger die Migrationsdebatte, desto weniger soziale Gerechtigkeit (<http://educult.at/wimmers-weekly/je-heftiger-die-migrationsdebatte-desto-weniger-soziale-gerechtigkeit/>)

ben, um so die Diskriminierung sozial schwacher, vor allem migranter Teile der Bevölkerung in nahezu allen Politikfeldern konsequent umsetzen zu können.

Die neue konservativ-grüne Regierungskonstellation wird zurzeit auch in Deutschland als mögliches Vorbild für künftige Regierungsbildungen diskutiert. Im österreichischen Fall handelt es sich um eine konservative Partei, die in der Phase der Koalition mit den rechten Freiheitlichen deutlich nach rechts gerückt ist. Als solche hat sie die meisten, oft hart an die Verletzung demokratischer Errungenschaften sowie der Menschenrechte heranreichenden Positionen der FPÖ übernommen und stellt mit ihrem gut geölten Apparat einen umfassenden Machtanspruch. Ihr gegenüber steht eine Grüne Partei, die zuletzt aus dem Parlament hinaus gewählt worden war und sich nunmehr neu erfinden muss. Als solche hat sie gegenüber dem mächtigen Partner

noch nicht zu sich gefunden und wird von diesem nahezu täglich in der Öffentlichkeit vorgeführt. Angesichts dieser permanenten Demütigungen begründet sie ihre Entscheidung, sich trotz schwacher inhaltlicher Repräsentanz an der Regierung zu beteiligen, mit dem Hinweis, damit einen Wiedereintritt der Ibiza-FPÖ³ verhindert zu haben.

Der Kultursektor hegte große Hoffnung, die Grünen würden sich ihrer Anliegen verstärkt annehmen. Ein eigenes Kunst- bzw. Kulturministerium war angedacht, geführt von der ehemaligen Rektorin der traditionsreichen Akademie der

3 Die Ibiza-Affäre führte im Mai 2019 zum Bruch der österreichischen Regierungskoalition aus ÖVP und FPÖ. Auslöser war die Veröffentlichung eines Videos aus dem Jahr 2017, in dem Vizekanzler H.C. Strache (FPÖ) sowie FPÖ-Klubobmann J. Gudenus in heimlich gedrehten Aufnahmen in einer Villa auf Ibiza ihre Bereitschaft zu Korruption, Umgehung der Gesetze zur Parteienfinanzierung sowie zur verdeckten Übernahme der Kontrolle über parteiunabhängige Medien bekräftigten.

bildenden Künste. Es ist anders gekommen: Die Koalitionspartner verständigten sich auf ein Kunststaatssekretariat beim Vizekanzler – geführt von der verdienten grünen Europapolitikerin Ulrike Lunacek. Von ihr wird vor allem erwartet, den Vizekanzler in seiner David-gegen-Goliath-Rolle in allen machtpolitischen Fragen zu unterstützen. Umso mehr, als sie über keinerlei eigenes kulturpolitisches Profil verfügt.

In ihren ersten öffentlichen Wortmeldungen versuchte sie tapfer, dieses Defizit ins Positive zu wenden: Sie werde in erster Linie mit den Kulturschaffenden in Dialog treten, ihre Anliegen hören und sich für die Verbesserung ihrer beruflichen Realisierungsmöglichkeiten ins Zeug legen. Ob ihr das gelingt, wird wesentlich von den anstehenden Budgetverhandlungen abhängen. Dort sitzt ihr mit Gernot Blümel ein Finanzminister gegenüber, der in der vergangenen Regierung einen Budgetpfad bis 2022 verhandelt hat, demzufolge der Kultursektor in den nächsten Jahren mit gleichbleibenden (und damit real sinkenden) Mitteln ausgestattet werden soll.

Kunst und Kultur im Regierungsprogramm – eine weithin unzusammenhängende Stichwortsammlung

Das lange ausverhandelte neue Regierungsprogramm⁴, auf dessen Grundlage die Staatssekretärin tätig werden soll, wurde mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Während das alte noch über eindeutige Schwerpunktsetzungen verfügte (deren Erreichung bzw. Nichterreichung freilich nie überprüft wurden) stellt das neue Programm ein Sammelsurium von Absichten ganz unterschiedlicher Reichweite dar. Auffallend ist jedenfalls die starke Bezugnahme auf das kulturelle Erbe, die gut hineinpasst in die grassierenden Renationalisierungsbemühungen und im Einklang steht mit einer engeren Anbindung an die europaskeptische Ausrichtung der Visegrad-Staaten.

Die in den letzten Jahren ausgezehrt und ermattete Freie Szene schöpft neue Hoffnung, wenn sich im Kapitel »Kunst und Kultur« Schlüsselbegriffe wie

⁴ https://www.wienerzeitung.at/_em_datent/wzo/2020/01/02/200102-1510_regierungsprogramm_2020_gesamt.pdf. Das Kapitel »Kunst und Kultur« findet sich ab S. 46

Transparenz, Fair Pay, jährliche Valorisierung der Fördermittel und – damit verbunden – Absichten zur Verbesserung der sozialen Situation finden. Ihre Realisierung hängt wesentlich von der künftigen Budgetzuweisung ab, dazu finden sich aber keinerlei Details. Mehr noch: Die Logik des Marktes hat in den letzten Jahren dazu geführt, die Schere zwischen den großen Kulturtankern (die regelmäßig von Touristen gestürmt werden) und der Vielzahl an ungesicherten Initiativen immer weiter aufgehen zu lassen. Dazu finden sich im Regierungsprogramm keinerlei kompensatorische Hinweise.

Vielleicht am bemerkenswertesten ist der Umstand, dass bereits die vorige Regierung versprochen hat, eine »Kunst- und Kulturstrategie« entwickeln zu wollen. Dieser Passus wurde wieder aufgenommen und lässt befürchten, dass dieses Programm den Weg aller bisherigen gehen wird: Früher oder später folgenlos und unevaluiert in die Bedeutungslosigkeit zu versinken. Sehr zum Unterschied von Ungarn und Polen hat es die türkis-blaue Regierung vermieden, konforme Wechsel des führenden Managements vorzunehmen. Martin Kušej im Burgtheater, *Bogdan Rošćić* in der Staatsoper oder die jüngst wiederbestellte Sabine Haag im Kunsthistorischen Museum (nach dem Eike Schmidt kurzfristig abgesprungen war) stehen nicht zur Disposition und können ihre Einrichtungen weitgehend politisch unbeeinflusst führen.

Die österreichische Kulturpolitik erkundet den Weg in den »autoritären Liberalismus«⁵

Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik in Österreich ist heute im Wesentlichen von rechten Kräften okkupiert, die wenig Scheu haben, immer wieder an rechtsradikalen Positionen vorbei zu schrammen. Der Kulturbetrieb ist vor allem damit beschäftigt, sich in einer rundum ökonomisierten Gesellschaft zurecht zu finden und nimmt auf diese Form der Überhandnahme einer rechten kulturellen Hegemonie zur umfassenden Befreiung der wirtschaftlichen Kräfte, wie sie Kanzler Kurz propagiert, nur mehr wenig Einfluss. Daran wird wohl auch die neue Regierung nichts ändern. Ulrike Lunacek könnte es als erfahrene Europapolitikerin vorbehalten bleiben, am Beispiel des »Kulturlandes Österreich« die Fahne der europäischen Kunst als universelle Errungenschaft aufrecht zu erhalten. Aber das ist eine andere Geschichte... ■

⁵ Siehe dazu: Chamayou, Grégoire (2019): Die unregierbare Gesellschaft – Eine Genealogie des autoritären Liberalismus, Berlin: Suhrkamp

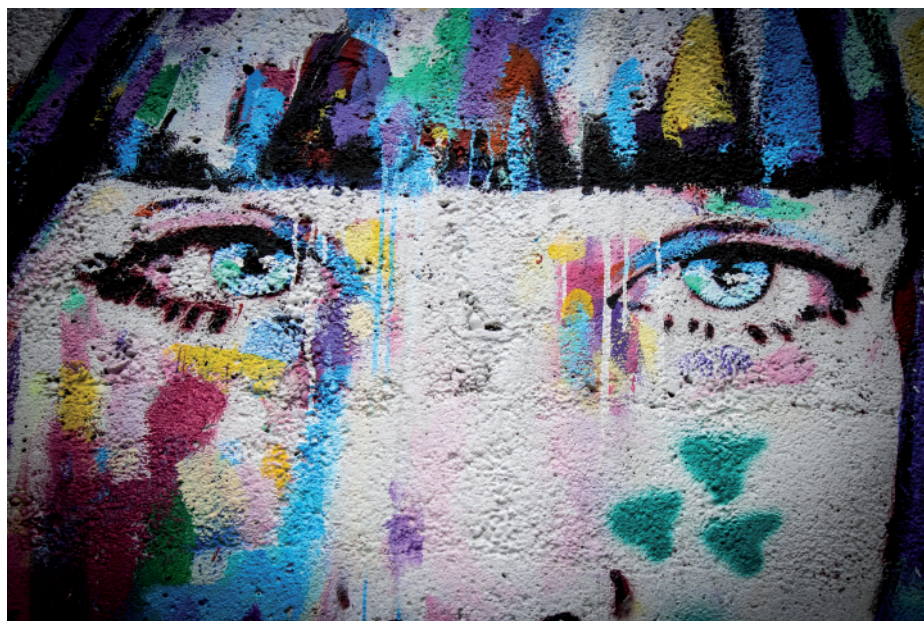


Foto: Max-Jakob Beer auf unsplash.com